

## „Die Türkei - vom Rising Star zum Trouble Maker? Türkische Innen- und Außenpolitik als Konfliktelement Europäischer Politik“

von Johanna Freund und Lisa Wolfram

**Regensburg.** Der vereitelte Putsch am 15.07.2016 und die oft als unverhältnismäßig eingestuften Reaktionen Erdogans strapazieren die diplomatischen Beziehungen Europas zur Türkei. Die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, die anfangs noch als verbindendes Element und diplomatischer Erfolg gefeiert wurden, stagnieren zunehmend. Die Türkei diskutiert über die Wiedereinführung der Todesstrafe, es gibt bürgerkriegsähnliche Aufstände und tausende Staatsdiener werden suspendiert. Welche Auswirkungen haben die innenpolitischen Veränderungen und die außenpolitisch neu ausgerichteten Ziele auf die Beziehungen der EU zur Türkei? Das Junge Europa möchte diese Geschehnisse multiperspektivisch erfassen und zugleich die Hintergründe neuer Allianzen eruieren. Daher veranstaltet der studentische Verein am 08.12.2016 eine Podiumsdiskussion zum Thema „Die Türkei - vom Rising Star zum Trouble Maker? Türkische Innen- und Außenpolitik als Konfliktelement Europäischer Politik“ an der Universität Regensburg.

„Dienen die vom Präsidenten lancierten Maßnahmen nach dem 15.Juli einem Ausbau der Macht im Staat?“, möchte die Moderatorin Sarah Zerback (Deutschlandfunk) zu Beginn der Podiumsdiskussion wissen. Fatih Zingal, ein Vertreter der Union Europäisch-Türkischer Demokraten, entgegnet, Erdogan habe lediglich versucht, die Rechtsstaatlichkeit in der Türkei aufrecht zu erhalten. Darüber hinaus seien große Teile der Bevölkerung auf die Straße gegangen, um eine Machtübernahme zu verhindern, „die Leute haben sich vor die Panzer geworfen.“ Die militärischen Interventionen von 1961, 1970 und 1980 haben sich im kollektiven Gedächtnis festgesetzt. Danach sei das harte Durchgreifen der türkischen Justiz sowie Politik nicht nach ihrer Verhältnismäßigkeit zu beurteilen. Zingal sehe vielmehr die EU in der Verantwortung, da das Regime die türkischen Bürger nach dem Putschversuch im Stich gelassen hätte.

Prof. Ernst Struck hielt sich zum Zeitpunkt der Revolte in Istanbul auf. Einerseits sei laut Prof. Struck das Ansehen der Regierung durch den vereitelten Machtübergriff gestärkt worden. Andererseits habe die verschleppte Kondolenz von EU-Seite zu einem weiteren, gesellschaftlichen Vertrauensverlust gegenüber der EU geführt. Ismail Ertug sieht ein, dass Brüssel zu spät auf die Ereignisse in Istanbul reagierte. „An diesem Beispiel zeigt sich der kulturelle Clash zweier Kulturen: Die türkische Seite erwartet unverzügliche, emotionale Solidaritätsbekundungen. Dagegen handelt die Union pragmatisch, die europäische Nüchternheit statuiert sich vor allem an Angela Merkels rationalem Politikkurs.“

„Doch man muss nicht immer Reaktionen von Spitzenpolitikern erwarten, eine aktuelle Stunde hätte gereicht.“, bemängelt Zingal. Zudem hege man der Türkei gegenüber von europäischer Seite aus kaum positive Gefühle. Der Vorwurf mangelnder Handlungsbereitschaft treffe laut Ertug nicht zu. In der Sommerpause sei es vielmehr unrealistisch, die EU-Abgeordneten aus ihrem Urlaub für eine Versammlung abzubestellen. Was in den türkischen Medien allerdings völlig untergangen sei, ist das an die türkische Regierung gerichtete Kondolenzschreiben von Martin Schulz. Zu kritisieren sei in der Tat die janusköpfige EU-Politik gegenüber der Türkei, welche inhaltlich zwischen zielführenden Beitrittsgesprächen und politisch-kultureller Aversion fluktuieren. Prof. Struck erkennt eine innenpolitische Kehrwende in dem Land am Bosphorus, welche zugleich die türkisch-europäischen Beziehungen torpediert. „Die Türkei bewegt sich, im Gegensatz zu den frühen 2000er Jahren, weg von der europäischen Idee. Doch braucht es gegenseitige Schuldzuweisungen? Ja, die EU hat nicht angemessen reagiert. Jedoch noch interessanter ist es, was im türkischen Staat selbst passiert und passieren wird.“, stellt der Professor klar.

Zingal betont, dass es angesichts des Wahljahres 2017 keinen Fortschritt in den Verhandlungen geben wird. Die Zeit für Konsultationen wäre nicht vorhanden. Zudem habe die CDU auf ihrem Parteitag einen negativen Impuls geliefert, als die doppelte Staatsbürgerschaft opponiert worden ist. Der türkische Weg münde vielmehr in einer von Merkel und Sarkozy favorisierten und privilegierten Partnerschaft.

Halil Gülbeyaz ist angesichts der Unkontrollierbarkeit von Militärregimen froh über den vereitelten Putschversuch. Die Erfüllung europäischer *acquis*, welche in einen Beitritt münden, sei zusammen mit den Reformen zwischen 2002 und 2005 nur ein Feigenblatt. Die türkische Staatsspitze habe die Vorteile einer Mitgliedschaft gesehen und sich deswegen demokratischen Standards genähert. „Erdogan ist kein Verfechter der Demokratie.“, bemerkt Gülbeyaz. Die Frage, ob die Türkei überhaupt geeignet für eine EU-Mitgliedschaft ist, hätte

zu Beginn der diplomatischen Beziehungen von der EU aus geklärt werden müssen. „Ohne diese Prüfung kann man der Türkei keine Versprechungen machen, welche im Nachhinein nicht erfüllt werden können.“, so der Dokumentarfilmer.

Angesichts der gesellschaftlichen Widersprüche auf türkischer Seite, auch in Bezug auf die ungelöste Kurdenthematik, fragt Zerback nach einer Galvinisierung innenpolitischer Zerrissenheit. Zingal betont, dass die meisten Kurden immer noch der AKP angehören würden, wohingegen Gülbeayaz die HDP als Vertreter kurdischer Interessen sieht. 50% der Bewohner kurdischer Gebiete entscheiden sich für die inzwischen verbotene Partei. Prof. Struck sieht in der Vermengung von kurdischen Interessen mit dem Terror der PKK das größte Problem des Landes: „Diese Entwicklung zeigt, dass die türkische Politik umgekippt ist.“

Doch wie kann ein gesellschaftlicher Befriedungsprozess eingeleitet werden, wenn sich zwei Seiten aggressiv gegenüber stehen? Die Regierung Erdogans habe, so Prof. Struck, in der Periode des türkischen Beitrittsprozesses nicht für eine friedliche Aussöhnung gesorgt, das Friedensabkommen mit der PKK ist längst gebrochen. Ob die AKP die geteilte Bevölkerung wieder zusammen führen kann, sei der künftige Gradmesser ihres politischen Erfolges. „Das Bashing aus Ankara erreiche zurzeit ein neues Niveau“, so Ertug. Der Putschversuch sei, türkischen Medien zufolge, von NATO, CIA und EU gemeinsam in Auftrag gegeben worden. Dies befeure den gesellschaftlichen Antagonismus.

Der EU-Parlamentarier setzt sich, trotz seines Votums für ein Aussetzen der türkischen Beitrittsgespräche, für mehr europäisches Verständnis ein. „Herr Erdogan ist, wie er ist. Man darf nicht jedes Wort von türkischer Seite auf die Goldwaage legen.“, stellt Ertug fest. Nur so könne man zu Fortschritten gelangen. Es gäbe zu viele gemeinsame Interessen wie z.B. die Flüchtlingspolitik. Im Zuge dessen ziehen EU-Kommission-, Parlaments-, und Ratspräsident einen gesonderten Gipfel mit der Türkei in Erwägung. Einen politischen Hebel zum Voranbringen der Beitrittsverhandlungen gebe es, wenn der Zypern-Konflikt endlich gelöst würde. Kapitel 23 und 24, Grundrechte betreffend, könnten so laut Ertug eröffnet werden: „Wenn dies geschieht, wird ein Lackmustest für die türkische Demokratie durchgeführt.“ Im Vorfeld müsse jedoch der Ausnahmezustand aufgehoben werden, Diskussionen über die Einführung der Todesstrafe eingestellt und die Shanghai-Five-Debatte als Alternative zur EU-Mitgliedschaft unterlassen werden. Die Türkei befände sich nicht in einer Wartehalle. Zudem habe der Staat 1980 selbst verfügt, dass es keine Visafreiheit zwischen EU und Türkei geben soll. Die Erklärung, warum diplomatische Beziehungen in Form eines

Assoziierungsabkommens 1963 aufgenommen wurden, gibt der Parlamentarier implizit: „Die Verhältnisse nach dem zweiten Weltkrieg und zur Zeit des kalten Krieges waren anders gelagert. Man hätte alles getan, um die europäischen Staaten näher zusammen zu bringen. Zingal dagegen fordert: „Ob die Verhandlungen in einer Mitgliedschaft oder einer wirtschaftlichen Partnerschaft münden, ist relativ egal. Die Türkei braucht einfach eine Behandlung auf Augenhöhe.“

Als die Pressefreiheit in der Türkei auf dem Podium zur Sprache kommt, treten die divergierenden gesellschaftlichen Positionen angesichts großen Beifalls aus den Zuschauerreihen im Hörsaal besonders zu Tage. Gülbeyaz betont, dass es keine, den westlichen Staaten ähnliche, Pressefreiheit gibt: „Meine Kollegen in der Türkei wurden festgenommen. Es gibt nur noch wenige oppositionelle Zeitschriften. Sämtliche TV-Sender von regierungskritischen Häusern sind geschlossen worden, unter anderem mit der Begründung, dass sie zur Opposition gehören. Viele Türken informieren sich nur noch über soziale Medien.“ Zingal stimmt nicht in die Argumentation seines Vorredners ein, dass oppositionelle Journalisten interniert und an ihrer unabhängigen Arbeit gehindert werden. „Auch die Cumhürriyet ist nicht verboten“, stellt der Podiumsgast heraus. Gülbeyaz entgegnet, dass Zingal genauso wie er wisse, dass Chefredakteur Can Dündar bei seiner Wiedereinreise sofort verhaftet werden würde. „Und der Richter, welcher Dündar nach seiner ersten Verhaftung wieder auf freien Fuß gesetzt hat, ist nun selbst inhaftiert. Was ist das für eine Demokratie?“, wirkt Gülbeyaz in den Raum.

Angesichts dieser emotionalen Diskussion gab es zahlreiche Fragen aus dem Publikum. Auf Nachfrage erklärt Prof Struck, dass die TDI in Istanbul inhaltlich nicht islamisiert worden ist, andere türkische Universitäten ebenso wenig: „Mir persönlich ist es völlig egal, ob eine intelligente Studentin mit oder ohne Kopftuch vor mir sitzt. Wenn sich eine geschlechterbezogene Veränderung zu Lasten weiblicher Studentinnen an unserer Universität ergeben sollte, würde ich persönlich einschreiten.“

Auf den Input eines Zuschauers hin diskutieren Zingal und Ertug über den Umgang mit der Gülen-Bewegung, welche laut Gülbeyaz hinter dem Putschversuch steckt. Der Vertreter der UETD spricht von Parallelstrukturen, welche sich nicht nur im Polizeistab, sondern auch im Hochschulwesen festgesetzt hätten. Ergo seien die Festnahmen von zehntausenden Dozenten gerechtfertigt, Suspendierungen könnten bei positiver Beweislage wieder rückgängig gemacht werden. „Sie als Jurist, Herr Zingal, kennen den Begriff der Beweislastumkehr“, entgegnet Ertug. „Verdachtsmomente reichen in Demokratien, wie hier in Deutschland, nicht für eine

Festnahme aus. Die eigene Unschuld zu beweisen, um nicht angeklagt zu werden, ist aus rechtsstaatlicher Perspektive höchst problematisch. Das müssten auch Sie erkennen."

Wie kann also eine Zusammenführung von türkischen Interessen und der EU-Position gelingen? Im Grunde müssen sich, so der Grundton gegen Ende des Podiums, alle Bürger verantwortlich informieren, um keinen falschen Informationen ausgesetzt zu sein. Ertug nimmt an dieser Stelle Rekurs auf eine vermeintliche PKK-Ausstellung im Europäischen Parlament, dieser Mythos sei durch die sozialen Medien perpetuiert worden.

Alle Diskutanten erkennen, unabhängig von ihrer politischen Positionierung, an, dass es nur ein türkisches Volk gibt und im Interesse aller Parteien einer polarisierenden Rhetorik ein Ende gesetzt werden muss. Diesem versöhnlichen Ton schließt sich auch das Junge Europa an. Für eine innenpolitische Aussöhnung, für einen Weg der Türkei in Richtung Rechtsstaatlichkeit und vielleicht in Richtung Europa. Wir bedanken uns bei den Podiumsgästen und der Moderatorin Sarah Zerback für eine lebhafte und vielseitige Diskussion. Die profunden Beiträge der Teilnehmer und Zuschauer lieferten Impulse für eine künftige Türkei-Debatte in der Zivilgesellschaft.